

Das am nordöstlichen Rand des Ostertorviertels gelegene Rembertistift ist nach den vorliegenden Erkenntnissen Bremens älteste selbständige soziale Einrichtung. Die Nachweise reichen bis zum Jahr 1306 zurück, als an der Stelle – damals noch außerhalb der Stadt – an Lepra erkrankte Personen in einfachen Hütten lebten. Lepra oder Aussatz war nach dem Ende der Kreuzzüge in mehreren deutschen Städten aufgetreten, breitete sich aber nicht weiter aus, sodass im Stift auch andere Kranke aufgenommen werden konnten. Schon während dieser Anfangszeit war die Einrichtung als selbständige Stiftung unter dem Patronat der Stadt organisiert. Die erforderlichen Mittel stammten aus Schenkungen und Vermächtnissen und wurden sorgfältig verwaltet. Nach der Reformation (in Bremen schon 1521) hörten die milden Gaben auf, und das Stift wandelte sich von einem Hospital zu einer Wohnanlage mit Versorgung für ältere Menschen.

triebskosten liegen bei 1,40 Euro, die Heizungskosten je nach Verbrauch bei 1,00 Euro bis 1,25 Euro pro qm und Monat. Die Bewohner müssen mindestens 60 Jahre, in Ausnahmefällen mindestens 55 Jahre alt sein. Ein gutes Einvernehmen zwischen ihnen ist selbstverständlich. Darüber hinaus ist es üblich, dass sie kleinere Dienste verrichten, z. B. eigenverantwortlich die Gartenanlagen vor den Häusern pflegen. Ein Pluspunkt ist die zentrale und doch ruhige Lage des Stifts. Viele Veranstaltungen in der Innenstadt werden problemlos und gerne besucht. Damit ermöglicht das Stift in besonderer Weise ein aktives Seniorenleben. Anfragen und unverbindliche Anträge auf Aufnahme in das Stift sind an den Stiftungsvogt zu richten:

Herrn Uwe Spillner  
St.-Remberti-Stift  
Tel: 32 66 01.

Ruprecht Großmann

Heute verfügt das Rembertistift über 100 Wohnungen unterschiedlicher Größe (1½ bis 4 Zimmer, 35–80 qm Wohnfläche). Die Kaltmiete beträgt 4,50 Euro pro qm und Monat, die Be-

**P.S.: Sie sind herzlich eingeladen zum politischen Nachmittag am 28.03. mit Carsten Sieling im Haus Remberty der Bremer Heimstiftung, 4. Stck., Kaminzimmer um 15 h.**

### ORTSVEREIN ALTSTADT SPD – Die nächsten Veranstaltungen (wenn nicht anders angegeben bei Tietjens am Ulrichplatz um 20 h)

**Mi 14.03** „Stoppt den Hundekot auf Spielplätzen und Fußwegen!“  
Jürgen Maly berichtet von der Beiratsaktion „Blitzblank Buntentor“

**Do 22.03** Rechtsradikalismus in Bremen, Bürgerhaus Weserterrassen, 20 h

**Mi 28.03** Bremen vor der Wahl, Politischer Nachmittag mit Carsten Sieling,  
Haus Remberty der Bremer Heimstiftung, 4. Stck., Kaminzimmer, 15 h

**Mi 11.04** Aktuelle Themen: BeiratskandidatInnen stellen sich vor, Wahlalter ab 16

**Mi 25.04** Mit dem Bürgermeister Vasmer am Steinernen Kreuz  
– das Viertel erzählt

**Mi 09.05** Politische Lieder aus zwei Jahrhunderten

Ihre Ansprechpartnerinnen im Vorstand:

Ulrike Hiller, 1. Vorsitzende, Tel.: 32 70 60 · Bärbel Kühn, 2. Vors., Tel.: 70 49 27

Impressum:  
Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt  
V.i.S.P.: Bärbel Kühn  
c/o SPD-Ortsverein Altstadt  
Beim Paulskloster 28, 28203 Bremen  
Redaktion und Layout: Holger Ilgner, Klaus Auf dem Garten, Ulrike Hiller,  
Ruprecht Großmann, Volker Plagemann, Ananda Schneider

## BLICK ZURÜCK: WOHER IM OSTERTOR- VIERTEL ALLES SEINEN NAMEN HAT

Licht fällt schon früh ins Dunkel der Geschichte der Landschaft östlich von Bremen. 1050 gründete Erzbischof Adalbert eine Probstei **St. Pauli**. Seit 1132 lebte ein Mönch in einer Kapelle östlich der Stadt. Nach dessen Tod gründete Erzbischof Adalbert ein Benediktiner-Kloster, das **Paulskloster**. Die späteren Namen **St. Paulistrasse** und **Beim Paulskloster** sprechen eine eindeutige Sprache.

Im 13. Jahrhundert umgürtete die Stadt Bremen sich mit einer Stadtmauer. Das **Ostertor** war das Stadttor im Osten. Es lag etwa auf der Höhe des heutigen Polizeihauses.

Vom Ostertor führte der **Ostertorsteinweg**, eine der wenigen gepflasterten Straßen, in die Ferne, zur Bischofsstadt Verden oder zur großen Hansestadt Hamburg. Im Spätmittelalter war das Tor ein wehrhafter, reich mit Kanonen bestückter Rundbau mit Brücke über den Wallgraben.

Auf dem Land vor den Mauern lag aber auch eine Richtstätte. 1430 wurde hier der Bürgermeister Johann Vasmer wegen angeblichen Verrats geköpft. Sein Sohn bemühte sich beim Kaiser um seine Rehabilitation und setzte ihm ein Sühnekreuz, das „Vasmerkrenz“, in der späteren Straße **Zum Steinernen Kreuz**.

Seit dem 17. Jahrhundert entstanden in der Vorstadt neue Bauten: entlang des Osterdeichs großbürgerliche Gärten mit einigen Landhäusern, entlang des Ostertorsteinwegs Handwerkerhäuser, außerdem Bauernhäuser. Kohlhöcker siedelten sich bei der späteren **Kohlhöckerstraße** an. Und auf dem Gelände der heutigen **Bleicherstraße** wurde die Wäsche gebleicht. Die Bevölkerung der Vorstadt wuchs, sodass es sich seit dem 17. Jahrhundert lohnte, dafür eine vorgelagerte Befestigung entlang des **Dobben** zu schaffen, einen Wassergraben mit Wall und zwei Türmen, dem **Steinturm** und dem **Pagenturm**, sowie auf der anderen Seite des Steinwegs den **Sielwall**.

Im 19. Jahrhundert entstanden das heutige Straßensystem und die **Bremer Haus-Bebauung**, die für das Viertel typisch sind. Meist waren es Bauhandwerker, die zwei bis drei Grundstücke kauften, darauf einander ähnliche Häuser errichteten und dann verkauften.

Kulturelle Höhepunkte wurden der Bau der **Kunsthalle**, der des ersten **Stadttheaters** auf dem Theaterberg in den Wallanlagen, des damals privaten **Theaters am heutigen Goetheplatz** und des **Kinos am Ullrich-Platz**. Hier entstand, für Vorstädte typisch, neben der Kneipen- und der Erotikmeile die heutige **Kulturmeile**.

Volker Plagemann



# OSTERTOR BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT · 1/07 BREMEN · MÄRZ 2007

## QUO VADIS OSTERTOR?

Vor ungefähr 35 Jahren plante der Senat im Bereich des vorderen Ostertors eine umfangreiche städtebauliche Umgestaltung. Dieses als „Mozart-Trasse“ bekannt gewordene Projekt sah vor, von der Weser kommend im Bereich der Mozartstraße eine Hauptverkehrsstraße zu errichten und so einen Anschluss an den Rembertiring und damit an die nordöstliche Verkehrsachse der Stadt herzustellen. Hierdurch wäre nicht allein die Mozartstraße in der damaligen Form verschwunden, sondern das Viertel, wie wir es heute kennen. Im Dezember 1973 führte der SPD-Ortsverein Altstadt die massiven Proteste an, in deren Konsequenz die Pläne gekippt wurden.

Die im Hinblick auf den geplanten Abriss betriebene Vernachlässigung der Häuser begünstigte den Erhalt der zwar alten, aber bewohnerfreundlichen Bebauungsstruktur. Hieraus entwickelte sich im Viertel die einzigartige Mischung aus gemütlichem Wohnen, kulturellen Aktivitäten, selbstbestimmtem, toleranterem Leben, aber auch innovativem Bauen und architektonischer Eleganz. Auch das Denken der Menschen wurde davon beeinflusst: Nicht wenige kulturelle, politische und soziale Impulse, die das Zusammenleben in ganz Bremen bestimmen, haben ihren Ursprung im Ostertor. Mit der Ausstrahlung nach Außen verband sich eine enorme Anziehungskraft, die bis heute anhält. Doch auch das Ostertor unterliegt natürlich einem ständigem Wandel. Die Einzelhandelsstruktur verändert sich immer mehr hin zu einer hochpreisigen Palette im Bereich Bekleidung und Lifestyle. Unversehens wird dadurch die bisherige Identität des Viertels in Frage gestellt. Öffentlicher Raum wird zunehmend durch

private kommerzielle Interessen vereinnahmt und damit beispielsweise für Randgruppen unzugänglich. Es ist unbestritten, dass die Drogenszene das Bild im Bereich des Sielwalls nachhaltig prägt und dabei einen Einblick in die zunehmende Verelendung der Betroffenen bietet. Aber dadurch haben die Abhängigen einen gewissen sozialen Rückhalt, den es sonst nirgends gibt. Durch diese Ballung entsteht nicht automatisch eine Gefährdung der Sicherheit im Stadtteil, dennoch ist natürlich das subjektive Sicherheitsempfinden der Anwohner ein ganz wichtiger Faktor. Dass ein restriktiver Umgang mit der Drogenszene jedoch auch einen Rückgang der Kriminalität zur Folge haben würde, erscheint in jedem Fall fraglich. Im Gegenteil: der Einsatz etwa von Videoüberwachung hätte wahrscheinlich weniger Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung als auf das friedliche und soziale Miteinander der Bewohner.

Beides, der Umgang mit den Randgruppen der Gesellschaft und die zunehmende Kommerzialisierung, sollten als Maßstäbe bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung des Stadtteils in Betracht gezogen werden, damit das Ostertor auch künftig seine einzigartige Identität wahren kann.



Holger Ilgner,  
Platz 1 der  
Beiratsliste  
der SPD-  
Fraktion

## ZWISCHEN SOLIDARITÄTSBEREITSCHAFT UND ABGABENZWANG: „INNOVATIONSBEREICH (BID)“ ODER „BÜRGERETAT“?

Natürlich kommt wieder mal alles aus Amerika: Früher als bei uns litten US-amerikanische Großstädte am Niedergang ganzer Stadtteile. Die bekannten Gründe: Der Wegzug einkommensstarker Familien, hohe Arbeitslosigkeit, der Bau von Einkaufszentren auf „grüner Wiese“, sowie neuerdings der Internethandel. Was tun? Die Idee in den USA war, in genau abgegrenzten Stadtteilen alle Grundbesitzer mit einer Abgabe zu belasten, um in diesen „Business Improvement Districts“ (BID) z. B. die Sanierung von Gebäuden, Marketingaktionen oder die Verschönerung des öffentlichen Raumes finanzieren zu können. Primär kommen die Maßnahmen dem „Small Business“ (Einzelhandel, Handwerk etc.) zugute, führen aber auch zur Revitalisierung des gesamten Viertels.

In Deutschland ergriffen zuerst Handelskammern die Initiative, und einige Länderparlamente verabschiedeten Gesetze, die die Einrichtung sog. „Innovationsbereiche“ regeln. In Bremen gibt es seit 2006 das „Gesetz zur Stärkung von Einzelhandel- und Dienstleistungszentren“. Danach müssen mindestens 15 Prozent der Grundstücksbesitzer in einem genau definierten, eng gefassten Gebiet – wie etwa Steintor und/oder Ostertor – der Einrichtung eines „Innovationsbereiches“ zustimmen; der zu erstellende Maßnahmen- und Wirtschaftsplan kann mit einem Drittel der Stimmen abgewiesen werden.

Aus Sorge, dass mit den Abgaben der lokalen Geschäftleute hauptsächlich „Innovationen“ zur Standortsicherung und -stärkung finanziert werden, hat ein Arbeitskreis von Beiratmitgliedern aller Parteien aus dem Bereich Mitte/Östliche Vorstadt als Alternative die Idee des „Bürgeretats“ entwickelt. Aus dem „BID“ übernehmen sie den „genau definierten Stadtbereich“ und die „Abgabe der Grundstückseigentümer“. Finanziert werden soll aber nicht die Aufwertung eines kommerziell orientierten „Standortes“, sondern

die Realisierung von stadtteilbezogenen „Projekten“, vor allem im sozialen Bereich, z. B. für Kinder und Jugendliche.

Die Beiräte bekämen das Recht, die Initiative für einen Bürgeretat auf Stadtteilebene zu ergreifen. Der Etat würde – auf der Grundlage der zuvor öffentlich erörterten Vorhaben – gleichzeitig mit der Beirats- und Bürgerschaftswahl zur Abstimmung gestellt.

Es kommt also darauf an, ob der Nutzen der in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess erarbeiteten „Projekte“ möglichst vielen einleuchtet! Lohnt sich die Diskussion über den Bürgeretat?

Klaus Auf dem Garten



## KINDER UND JUGENDLICHE IN UNSEREM VIERTEL – DIE KLEINEN NACH VORN

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Für diese Zukunft brauchen sie heute Lebensräume, in denen sie sich erproben können. Das sieht auch der Beirat Mitte und die SPD-Fraktion im Beirat Mitte so.

Deshalb unterstützen wir schon seit Jahren Kindergruppen, Spielplatzinitiativen, Jugendprojekte und auch weitere Aktionen für Mädchen und Jungen in unserem Stadtteil. Das alles wird sehr vom Ortsamt Mitte und dort besonders von Heike Blank mitgetragen und aktiv begleitet. Es sollen nun zwei Projekte kurz vorgestellt werden.

**Der Förderpreis für beispielhafte Kinder- und Jugendarbeit im Beiratsgebiet Mitte/Östliche Vorstadt** wird schon seit 2001 jährlich vergeben und das Preisgeld wurde gestiftet vom · Beirat Östliche Vorstadt · Beirat Mitte · Sparkasse in Bremen · Werder Bremen · Weserterrassen-Stiftung. Besonders Letztere hat mit Reinhard Werner diesen Preis entwickelt.

**Die Kleinen voran!**, war das Motto des Preises im Jahr 2006 – damit waren zum ersten Mal Kinder besonders im Vorschulalter an der Reihe. 17 Eltern-Kind-Gruppen, Krabbelgruppen, Vereine und Kindertagesstätten haben sich mit wunderbaren Projekten aus Ihrer Arbeit beworben.

Die Ziele des Preises sind: das vielfältige, häufig ehrenamtliche Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit zu würdigen und zu weiterem Handeln anzuregen; Projekte konkret finanziell zu unterstützen, Privatpersonen oder Firmen für Kinder- und Jugendarbeit zu interessieren und Menschen verschiedener Lebensbereiche miteinander in Kontakt bringen und weitere Kooperationen ermöglichen

Die eingereichten Projekte wurden für drei Wochen im Bürgerhaus Weserterrassen ausgestellt und auf einer Preisverleihung offiziell gewürdigt. Es wurde dabei ein Preisgeld in Höhe von 8.000 € verteilt! Auch in diesem Jahr ist wieder ein Förderpreis geplant.

### Jugendparlament

Ein weiteres aktuelles Projekt aus der Kinder- und Jugendarbeit im Viertel ist das geplante **Jugendparlament am Mittwoch, 28. Februar 2007 um 17.00 Uhr im Jugendhaus Buchte.**



Mädchen und Jungen vom Doventor bis Peterswerder bereiten ein Viertelparlament für Kinder und Jugendliche vor. Jede/r ist willkommen und kann mitmachen. Jede/zr, die oder der mitmacht, ist Viertel-Parlamentarier/in. Kinder und Jugendliche bringen Ideen und Kritik zur Stadtteilpolitik. Sie überlegen, *wie* sie verwirklichen. Politik und damit auch der Beirat Mitte und Verwaltung versuchen dies zu unterstützen: Das ist das „Viertelparlament“. Wenn Ihr Lust habt, es mit vorzubereiten, schickt eine Mail: [buchte@nfj-bremen.de](mailto:buchte@nfj-bremen.de). Wenn Ihr weitere Fragen habt, meldet Euch unter [blanck@oamitte.bremen.de](mailto:blanck@oamitte.bremen.de) oder [u-hiller@gmx.de](mailto:u-hiller@gmx.de)



**Übrigens – bei der nächsten Bürgerschaftswahl ändert sich etwas für Jugendliche: Ab 16 Jahren können Jugendliche in Bremen die Stadtteilbeiräte mitwählen. Also: Unbedingt wählen im Mai!!!**

Ulrike Hiller

## ARRIEREFREIHEIT IM OSTERTORVIERTEL

Die Wohnqualität eines Stadtteils hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, wie Menschen mit Mobilitätsschwierigkeiten in ihm zurechtkommen. Für Menschen mit Behinderungen haben Wohnung und soziales Umfeld einen besonders hohen Stellenwert. Es müssen deshalb für sie besondere Vorkehrungen getroffen werden, damit ihre gesellschaftliche Integration gelingt. Das Bremische Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung verfolgt das Ziel, Benachteiligungen von behinderten Menschen zu beseitigen und zu verhindern, sowie die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Das Land Bremen hat sich besonders deutlich dazu bekannt, behinderten Menschen den Schutz des Staates zu sichern. Das Gesetz enthält deshalb zahlreiche Regelungen zu dem Zweck, möglichst viele Barrieren zu beseitigen, die behinderte Menschen an einer gleichberechtigten Teilhabe hindern, rechtliche Diskriminierungen auszuschließen und Ursachen für mögliche Behinderungen zu beseitigen. Die Pflichten treffen gemäß § 5 in erster Linie die Behörden des Landes Bremen und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, sowie die sonstigen nicht bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Sitz im Land Bremen. Daneben sind ein Verbot der Benachteiligung behinderter Menschen (§ 6) und die

Verpflichtung zur Berücksichtigung der besonderen Belange behinderter Frauen (§ 7) festgelegt.

Wer sorgt nun dafür, dass die weitgehend abstrakten Verpflichtungen zur Barrierefreiheit erfüllt werden? Natürlich können die Betroffenen selbst darauf dringen, doch sind sie in ihrer Situation damit häufig überfordert. Der Bremischen Bürgerschaft war das bewusst, und sie hat deshalb am 1.7.2004 die Einrichtung einer/eines Landesbehindertenbeauftragten beschlossen. Zu den Aufgaben dieser jeweils für eine Legislaturperiode zu berufenden Person gehört es, gegenüber Gesetzgebung und Verwaltung auf die Schaffung gleichberechtigter selbstbestimmter Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen und die Beseitigung von Benachteiligungen hinzuwirken. Der erste Amtsinhaber ist Dr. Hans-Joachim Steinbrück, der seit 35 Jahren blind ist und mit seiner ebenfalls blinden Frau im Ostertorviertel wohnt. Sein jetziges Amt füllt er mit großem Engagement, Einfühlungsvermögen und Sachverstand aus.

Hiervon hat sich der Ortsverein in einer Diskussionsveranstaltung mit Dr. Steinbrück am 26.4.2006 überzeugen können. Der Landesbehindertenbeauftragte hat uns gezeigt, dass noch zahlreiche Gebäude, Wege, Plätze, Straßen, Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel behindertengerecht auszustatten seien. Dr. Steinbrück hat aber auch darauf hingewiesen, dass sich im Ostertorviertel behinderte Menschen, auch Blinde, besser zurechtfinden könnten als in anderen Stadtteilen.

So seien die Einkaufsmöglichkeiten in den zumeist kleineren Geschäften mit Verkaufspersonal besser wahrnehmbar und nutzbar als in Supermärkten.

Seine Emailadresse: [joachim.steinbrueck@behindertenbeauftragter.bremen.de](mailto:joachim.steinbrueck@behindertenbeauftragter.bremen.de)

Ruprecht Großmann

